

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

26.7.1868 (No. 175)

Karlsruher Zeitung

Sonntag, 26. Juli.

N. 175.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gefaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate August und September der Karlsruher Zeitung mit der Badischen Chronik als Gratis-Beigabe.

Telegramme.

Wien, 25. Juli. Die Minister Hasner und Gistra haben ihre Theilnahme an dem Festbanket zugesagt und werden sprechen. Ebenso Bürgermeister Zelinka und der Abg. Kaiserfeld. Kopp bringt den offiziellen Toast auf Deutschland aus. Viele Festgäste sind bereits eingetroffen. Die Schützen vom Main und Rhein wurden enthusiastisch empfangen.

Florenz, 24. Juli. Die hiesigen Blätter führen aus, daß General Lamarmora mit seiner Veröffentlichung und Interpellation die guten Beziehungen zwischen Italien und Preußen habe stören wollen, daß er damit aber die entgegengesetzte Wirkung hervorgebracht habe; nichtsdestoweniger bestehen die Zeitungen darauf, daß die Angelegenheit einer eingehenden Untersuchung unterzogen werde.

Paris, 25. Juli. Das „Moniteur“-Bulletin sagt: Neue Versuche wurden gemacht, um Unruhen in Bulgarien hervorzurufen. Bewaffnete Banden überschritten die Donau zwischen der Dobrudscha und Widdin (also aus Rumänien). Am 21. Juli fanden mehrere Gefechte bei Rustschuk statt. Die Porte hat Mitschad Pascha mit einigen Bataillonen nach der Donau geschickt, um die Ordnung wiederherzustellen.

Deutschland.

Karlsruhe, 25. Juli. Die badische Regierung hat, wie seiner Zeit in diesem Blatt mitgeteilt worden ist, bei dem Bundesrath des Zollvereins den Antrag gestellt, daß den Handelsreisenden der Bijouteriefabrikanten und der Großhändler in diesem Zweige das Mitführen von Waaren zum Verkauf an Händler im Gebiete des Zollvereins gestattet werden möge. Der Bundesrath des Zollvereins hat aber geantwortet, diesem Antrage zur Zeit eine Folge nicht geben zu können, indem er von der Anschauung ausging, daß die Erlaubniß, Bijouteriewaaren zum Verkauf mitzuführen, durch Lösung eines Hausirerscheins erwirkt werden könne und der lästige Theil der polizeilichen Beschränkungen, welchen die Inhaber von Hausirerausweisen zur Zeit noch unterliegen, voraussichtlich bald im Wege der Gesetzgebung werde beseitigt werden.

Stuttgart, 24. Juli. (Nachwahl.) In Waldsee wurde Schulmeister Uhl (Volkspartei) zum Abgeordneten gewählt.

Darmstadt, 23. Juli. (Fr. Z.) Aus den Mittheilungen der Centralstelle für Landesstatistik ist ersichtlich, daß durch Wegfall des Rheinstroms und durch Abtretung eines Theils der oberhessischen Provinz an Preußen die Einnahme an indirekten Auflagen, welche sich in 1866 noch auf 3,169,216 fl. bezifferte, auf 3,019,441 fl. herabgegangen ist. Nur die Einnahme von Wein- und Zapsgebühren hiefür, in 1866 die Summe von 382,776 fl. betragend, hat im abgelaufenen Jahr fast den gleichen Betrag ergeben. Die Steuer von Brauntwein (in 1866: 268,115 fl.) ging auf 174,232 fl. zurück; ebenso betrug die Steuer von Bier in 1866 372,959 fl. und in dem letzten Jahre nur 290,151 fl. Auf Oberhessen entfällt hiervon ein Antheil von ca. 20,000 fl., und um ca. 50,000 fl. blieb der Ertrag in den beiden andern Provinzen zurück.

Emm, 24. Juli. Ihre Maj. die Königin ist heute Vormittag um 11 Uhr hier angekommen und von Sr. Maj. dem König am Bahnhof empfangen worden. Gegen 2 Uhr ist sie nach Koblenz weiter gereist.

Oldenburg, 20. Juli. (Wei. Ztg.) Der aus der Initiative des Landtags hervorgegangene Gesetzentwurf, betreffend das Verfügungsrecht der Grundeigentümer über ihren Grundbesitz, fand in den heute darüber stattfindenden Debatten von allen Seiten Zustimmung. Die Regierung nahm dabei eine abwartende Stellung ein. Es war bekannt geworden, daß sie ihrerseits einen Gesetzentwurf über diese Frage würde vorgelegt haben, wenn das Material zeitig genug hätte vorbereitet werden können. Während im Herzogthum die Geschlossenheit der Bauernhöfe die Regel bildet, sucht der Gesetzentwurf in seinen 8 Artikeln die freie Theilbarkeit der Grundstücke in einer Weise herzustellen, welche dem Bestand tüchtiger Bauernhöfe anscheinend keine Gefahr droht. Das wesentliche Prinzip des Entwurfs besteht darin, daß jeder Grundeigentümer das Recht erhalten soll, aus seinen Grundstücken eine geschlossene Stelle zu bilden und einzelne Grundstücke seiner geschlossenen Stelle einzuverleiben, sowie die Geschlossenheit seiner Stelle ganz oder theilweise aufzuheben. Es geschieht das durch entsprechende Erklärungen des Grundeigentümers vor der Behörde oder durch faktische Veränderung oder durch Vertheilung auf den Todesfall. Stirbt aber der Eigentümer einer geschlossenen Stelle, ohne einen dieser Wege eingeschlagen zu haben, so

kommt das bestehende Grunderbrecht zur Geltung. Gegen den Vorschlag, in dieser Weise die so lange schwebende Frage zu lösen, ohne in die bestehenden Erbrechte einzugreifen, erhob von keiner Seite sich Widerspruch, und es ward insbesondere das oben hervorgehobene wesentliche Prinzip des Entwurfs in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen, wie denn auch die übrigen Bestimmungen des Entwurfs Annahme fanden. — In der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs wegen der Organisation des Staatsministeriums und der damit in Verbindung stehenden Aenderung der Regulative beharrte der Landtag bei seinen früheren Beschlüssen. Der Regierungskommissar Buchholz erklärte, daß die Regierung in den näher bezeichneten Punkten von ihrem Standpunkt abzugehen Bedenken trage, und zur etwaigen Vermittlung der sich entgegenstehenden Ansichten kein anderer Weg übrig bliebe, als der in der Geschäftsordnung für solche Fälle vorgesehene Weg der Konferenzen, welchen Weg die Regierung unter Namhaftmachung von 5 ihrerseits gewählten Mitgliedern zu betreten vorschlägt. Der Landtag beschloß auch seinerseits 5 Konferenzmitglieder zu wählen.

Berlin, 23. Juli. (Köln. Ztg.) Einzelne hannoversche Städte reagieren immer noch gegen das Bundesgesetz vom 1. Novbr. 1867 in Betreff der Freizügigkeit. So erklärt z. B. der Magistrat der Stadt Minden, daß dort Grundbesitz erwirbt, für verpflichtet, Bürgerrecht in Minden zu erwerben und zu diesem Zweck ein sehr hohes Aufnahmegeld zu bezahlen. „Denn“, sagt der Magistrat, „nach dem genannten Bundesgesetz kann zwar nicht mehr, wie bis dahin, der Erwerb des Grundeigentums von der vorherigen Erlangung des Bürgerrechts abhängig gemacht werden, aber dagegen ist nun die Bürgerrechtsgewinnung (nicht als eine Voraussetzung, sondern) als eine Folge des Grunderwerbs zu betrachten.“ Die k. preussische Landdrostei in Hildesheim ist dieser Entscheidung beigetreten. Ueber den weiter ergriffenen Revers ist noch nicht entschieden. Die zum Bund gehörigen Kleinstaaten haben das Bundesgesetz anders, und wie wir glauben, richtiger interpretirt, als die preussischen Behörden in der Provinz Hannover. In dem im Großherzogthum Sachsen-Weimar zur Ausführung des Bundesgesetzes vom 1. Novbr. 1867 erlassenen Bundesgesetz vom 6. Febr. 1868 heißt es z. B. ausdrücklich in Art. 1: „Die Vorschriften der revidirten Gemeindeordnung über die Verpflichtung zur Erwerbung des Bürgerrechts in Folge eigenthümlichen Erwerbs von Wohngebäuden (für andere Grundstücke bestand dort eine Vorschrift nicht) werden hiebei aufgehoben.“ Möge der Großstaat Preußen hierin nicht hinter den Kleinstaaten zurückbleiben.

Berlin, 24. Juli. Der „Staatsanzeiger“ enthält die Anzeige, daß dem Baron Adolph Reichenbach zu Frankfurt und dessen Sohn Albert das Exequatur als belgischer Generalkonsul, bezw. Vizekonsul beim Norddeutschen Bund verliehen worden ist. — Ein Erlaß vom 20. Juli bestimmt die Einsetzung einer einheitlichen Königl. Direktion der Main-Wejers-Bahn zu Kassel, deren Wirksamkeit am 1. August beginnen soll.

Danzig, 22. Juli. In Folge des emanirten Gesetzes, wonach der Bundes-Kriegsmarine 3,600,000 Thaler zu Erweiterungszwecken zc. überwiesen worden sind, hat das Marineministerium den Bau der sämtlichen projektirten vier Schiffe auf der hiesigen königlichen Werft befohlen und die königliche Oberwerft-Direktion mit Anweisung auf Erhebung einer Rate von ca. 15,000 Thalern versehen, damit sofort die Einrichtung der Stapel getroffen und die Kiele für die Neubauten getreut werden können.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 23. Juli. Gestern ist eine Deputation des Triester Munizipiums vom Minister des Innern empfangen und, was sie zu den letzten bedauerlichen Ereignissen vorgebracht, selbstverständlich mit vollster Aufmerksamkeit angehört worden. Ob durch ihre Erläuterungen das Urtheil, welches sich die Regierung über die Motoren und die Ziele jener Ereignisse bereits zu bilden im Stande gewesen, wesentlich habe alterirt werden können, mag dahingestellt bleiben. Ich möchte indes glauben, daß es für die Regierung jetzt vor allen Dingen nur noch darauf ankommt, zu untersuchen, wer in Triest seine Pflicht gethan und nicht gethan, und daß sie demnach sehr wahrscheinlich einen Ministerialkommissar absenden und durch diesen an Ort und Stelle diejenigen Erhebungen machen lassen wird, welche ihren weiteren Entscheidungsgang als Unterlage zu dienen haben. Das italienische Element, so viel läßt sich schon jetzt sagen, wird diesmal seine gehoffte Rechnung nicht finden.

Wien, 23. Juli. Die Deputation der Stadt Triest ist hier angelangt und vom Minister des Innern, Dr. Gistra, empfangen worden. Ueber die derselben ertheilte Antwort verlaute noch nichts. — Der Erzbischof von Olmütz hat ein Rundschreiben erlassen, worin er die Schuldistrikts-Aufsicherer erinnert, die Volksschullehrer zur zahlreichen Theilnahme an den geistlichen Übungen aufzufordern. — Aus Pest wird der „N. Fr. Pr.“ geschrieben, daß Arthur Geyer, der bisher bei der Kettenbrücken-Gesellschaft angestellt

war, in den letzten Tagen zum Direktor einer Ziegelei mit 4000 fl. Gehalt bestellt worden sei. — Aus Böhme u laufen Nachrichten ein, wonach die Opposition daran denken soll, eine Steuerverweigerung in Szene zu setzen.

Wien, 23. Juli. Der Erzbischof von Görz hat so eben eine Kurrende an den Klerus seiner Diözese erlassen, welche einen wohlthunenden Gegensatz zu den leidenschaftlichen und maßlosen Ausschreitungen bildet, die wir in den meisten Hirtenbriefen der österreichischen Kirchenfürsten finden. Die Sprache in dieser Kurrende des Erzbischofs ist eine würdige und gemäßigte, es findet sich in dem ganzen Schriftstück auch nicht ein Punkt, der gegen die sanktionirten Gesetze oder unsere Regierung gerichtet wäre; es ermahnt den Klerus sogar zur Gesehmäßigkeit und fordert namentlich die Pfarrer auf, bei Zivilehen die Eintragung in die Kirchenbücher nicht zu verweigern.

Prag, 22. Juli. Einige Volksversammlungen, welche am Sonntag stattfinden sollten, so z. B. auf den Bergen Gradek, Levitz, wurden aufgelöst, ohne daß Aufrührungen vorgekommen wären. Noch immer aber werden neue Versammlungen angekündigt, und man scheint sich durch die Auflösung von der Demonstrationssucht nicht abbringen lassen zu wollen. Die czechischen Blätter erklären diese Auflösungen für einen ungerechten Eingriff in das gesetzlich gewährleistete Versammlungsrecht.

Wissen, 24. Juli. (N. Fr. Pr.) Der Bilsener Buchhändler Maasch erhielt ein Postschreiben, in welchem einigen namentlich angeführten Deutschen, darunter Professoren, Turnvereins-Mitglieder, Liebertafel-Mitglieder, das „Lobesurtheil“ verkündet wird. Unterschrieben ist der Brief: „Nedejme se“ (ergeben wir uns nicht).

Die „Wissen. Ztg.“ enthält über denselben Gegenstand folgende Mittheilung: „Einem der nachstehend Genannten kam heute durch die Post ein Brief mit dem Poststempel „Bilsen 21./7.“ zu, dessen Inhalt wir mittheilen: Oben ist ein sein sollender Lobesurtheil gezeichnet, darunter mit fetter Schrift: „Smrt nemcum“ (Tod den Deutschen). Hierauf folgen die Namen: Böckl, Belanti, Raschauer, Maasch, Hyra, Pfanerer, Pantkras, Moser, Kibitz, Boos-Waldorf, Wild, Bach a. t. d. (b. h. u. f. w.) Bäumel, „Mar“, „Liebertafel“. Schließlich stehen die Worte: „Nedejme se“, neben denen zwei sein sollende Schwerter gezeichnet (?) sind.“

Wien, 22. Juli. Der Bericht der ungarischen Kommission über den Wehrgesetz-Entwurf liegt nun im Wortlaut vor. Derselbe geht im Eingang auf Betrachtungen über das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht ein und hebt hervor, daß dasselbe schon in der ungarischen Vergangenheit geschichtlich begründet sei. Ueber die projektirte Heeresstärke sagt der Bericht:

Die Gesetzentwürfe setzen auf die nächsten zehn Jahre für das Gebiet und die Bevölkerung beider Staaten der Monarchie im Interesse des in der pragmatischen Sanktion angegebenen Zweckes der gemeinsamen Verteidigung die gesammte Land- und Seemacht auf 800,000 Mann fest, die Militärgrenze nicht eingerechnet. Hierzu kommt jene Honvedschaft, die in Ungarn vorläufig in 78 Infanterie-Bataillonen und 28 Kavallerie-Eskadronen formirt wird, deren gesammte Stärke und Präsenzzahl aber von der Zahl der Dienstpflichtigen abhängt. Bei einer solchen Wehrkraft hat es die Kommission aus mehr als einem Grunde für angemessen erachtet, den Landsturm bloß auf Freiwillige zu beschränken und den hierauf bezüglichen Gesetzentwurf demgemäß umzugestalten. Die obige, dergestalt herzustellende Kriegsmacht hielt die Kommission auch für ausreichend zur Verteidigung, da sie nicht viel kleiner als die Kriegsmacht der europäischen Großmächte ist. (Folgt eine Vergleichung mit der Heeresstärke der übrigen Großmächte.) Obwohl die in den Gesetzentwürfen projektirte Kriegsmacht nach dem eben Gesagten derjenigen der übrigen Großmächte nur insoweit nahe kommt, als sie im Nothfall im Bereich der Defensivität sich mit jeder derselben messen kann, so ist es doch unlängbar, daß sie beträchtlich jene Kriegsmacht übersteigt, über welche die Monarchie bisher verfügte und unter deren Druck diese bei ihren zerrütteten Finanzverhältnissen beinahe zusammenbrach. Und wenn nun ein Blick auf die früher angeführten Ziffern nichtdestoweniger eine Erhöhung derselben als notwendig zeigt, so bleibt nichts Anderes übrig, als einen Weg zu suchen, wie diese erforderliche Erhöhung der Kraft bewerkstelligt werden kann, ohne daß in Friedenszeiten die Geldkraft des Staates noch in größerem Maße als bisher in Anspruch genommen werde. Dieser Modus kann nur in der Herabsetzung der Dienstzeit der Einjährsoldaten und hingegen in einer Ausdehnung der Dienstzeit der Reserve, bezw. der Honvedschaft gefunden werden. Eben daher sah die Kommission mit Befriedigung, daß die vorgelegten Gesetzentwürfe die Dauer des aktiven Dienstes von sechs Jahren auf die Hälfte, für die Gebildeteren sogar nur auf ein Jahr herabzusetzen vorschlagen, und also auf eben so kurze Zeit normiren, wie sie für die im Ganzen ohne Zweifel entwicklungsfördernde Bevölkerung des Norddeutschen Bundes und sonst nirgends normirt ist. Die Kommission hält dafür, daß die vorgelegten Gesetzentwürfe, zumal in ihrer abgeänderten Redaktion, die in dem zwölften Gesetzentwurf vom Jahr 1867 dem Land vorbehaltenen Rechte vollständig wahren. Sie hält dafür, daß die Gesetzentwürfe im Ganzen genommen nicht bloß den Forderungen der Fortentwicklung, der Zweck- und Zeitgemäßheit gleich sehr entsprechen, sondern auch den Anforderungen der Volkswirtschaft und

allgemeinen Bildung und somit indirekt zur Hebung der Nation dienen.

Im Unterhause ist von Mitgliedern der Linken gestern ein Antrag gegen den Wehrgesetz-Entwurf eingebracht worden.

Triest, 20. Juli. Die „Triest. Ztg.“ berichtet: „Gestern Vormittag gegen 11 Uhr wurden abermals zwei Landleute aus unserer nächsten Umgebung in der Gegend des Café Chiozza insultirt und mißhandelt, welche in die nahe gelegene Kaserne flüchteten. Eine beiläufig 60 Mann starke Patronille unter Anführung eines Offiziers durchzog hierauf die Straßen in der ganzen Breite derselben, und ersuchte der Offizier die herumstehenden Gruppen, „sich gefälligst nach Hause zu begeben“, welcher Aufforderung auch anstandslos Folge geleistet wurde.“

Serbien.

Belgrad, 23. Juli. (Fortsetzung der Schlusshandlung im Attentatsprozeß.) Der Anklageakt konstatirt die Mitschuld des Fürsten Karageorgievich durch aufgefangene Briefe, durch die Aussage des Güterinspektors Milojevich, sowie des zweiten Güterinspektors Costa Antonovich, der für jetzt nicht als Angeklagter erscheint, und durch die Geständnisse des Hauptangeklagten Paul Radovanovich und des Bruders der Fürstin Karageorgievich, Sina Renadovich. Hiernach wurde verabredet, den Fürsten Michael auf welche Art immer vom Thron zu entfernen und den Sohn des Fürsten Alexander, Peter Karageorgievich, auf denselben als Regenten zu erheben. Zu diesem Zweck habe Fürst Alexander Karageorgievich, theils selbst, theils durch Trifkovich und Milojevich dem Radovanovich 7000 Dukaten gegeben. Von diesem Geld wurden bei Milojevich gegen 5000 Dukaten versteckt gefunden, die nach Anordnung des Fürsten nach vollbrachter Mordthat Paul Radovanovich übergeben werden sollten. Paul Radovanovich versuchte aus dem Gefängniß einen Brief an Trifkovich zu senden, in welchem gesagt wird, daß es ihm gelungen sei, jede Verbindung des Fürsten Karageorgievich mit der Ermordung Michael's zu negiren, daß aber Milojevich gestanden habe, ihm (dem Radovanovich) auf Anordnung des Fürsten 1800 Dukaten gegeben zu haben, und daß derselbe von Trifkovich 27,800 fl. bekommen habe, um dieselben in Dukaten umzuwechseln und nach der Ermordung des Fürsten Michael ihm (Radovanovich) zu geben. Weiter verlangte Radovanovich in diesem Briefe, man solle von Seite des Fürsten Karageorgievich an seine Familie 70,000 fl. schicken, um die gegen den Fürsten sprechenden Beweise zu vertilgen und auf diese Art den Fürsten von dem Verdacht einer Mitschuld zu retten.

Svetozar Renadovich, welcher gleich Simon Renadovich und Andrea Milojevich die in der Voruntersuchung gemachten Geständnisse öffentlich widerrief, wurde Nachmittags der Reihe nach mit Lubomir Radovanovich, Marich und Paul Radovanovich konfrontirt. Lubomir Radovanovich zeugte für ihn, die zwei Letzteren gegen ihn. Auch diesmal beschränkte sich die Verhandlung meist auf Verlesung älterer Protokolle. Die Angeklagten werden jedesmal beim Kommen und Gehen zum Gerichtshof vom Publikum durch Schläge gröblich insultirt.

Schweiz.

Bern, 24. Juli. (Sch. M.) Die Bundesversammlung hat den Postvertrag mit Oesterreich und den Handelsvertrag mit Rom genehmigt. Morgen findet Schluß der Session statt.

Italien.

* **Florenz, 22. Juli.** Wie bereits telegraphisch kurz angedeutet worden, stellte General Lamarmora in der gestrigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer seine Interpellation:

Die Erklärungen, welche Minister Menabrea abgab, waren auf allgemeine Beschwichtigung berechnet. Die italienische Armee — sagte er — hat sich in dem Feldzug von 1866 um das Land wohl verdient gemacht; sie hat gethan, was sie thun konnte, und wie die Thatfachen selbst bezeugen, hat sie eine 190,000 Mann starke und auf die ersten Leistungen Europa's geführte österreichische Armee im Schach gehalten. Die Loyalität der allirten Regierung hat ebenfalls dazu beigetragen, daß der Sieg so unermeßliche Folgen gehabt hat. Was die von einem französischen Hauptmann, Fivicy Reynaud, gemachte Uebersetzung des preussischen Werkes betrifft, so theilt Menabrea die wörtliche Uebersetzung der angeführten Stellen aus dem Deutschen mit, um darzutun, daß die Arbeit des französischen Offiziers nicht sehr genau und nicht in einem den Italienern wohlwollenden Sinne abgefaßt sei. Uebrigens hofft Menabrea, daß, wie die französische Regierung es nach 1859 in Bezug auf ein der italienischen Armee mißgünstiges französisches Werk gethan, so auch die preussische Regierung sich bewegen fühlen werde, etwaige Berichtigungen der Arbeit ihres Generalstabs in derselben Geminnung vorzunehmen. Das beste Mittel, von italienischer Seite den wahren Sachverhalt aufzuklären, bestehe darin, auf dem Wege der Presse, nicht aber in einer parlamentarischen Diskussion, die genaue Geschichte des Feldzugs von 1866 zu veröffentlichen.

General Lamarmora verlangt seinerseits, daß, wie Preußen und Oesterreich es gethan, so auch Italien einen offiziellen Bericht über den Krieg von 1866 erscheinen lasse. Die Kriegführung sei in dem Bieder schwerer als in Böhmen, die Macht des Feindes bedeutender gewesen. Nachdem Lamarmora eine bezügliche Note des Grafen Uedom (f. u.) verlesen, will er den peinlichen Eindruck nicht verbergen, den ihm dieselbe verursacht habe. Es war, wie er auseinandersetzt, zu spät an jenem Tage, um eine abermalige Dislokation der Truppen vorzunehmen. Man hatte vorher zweimal in Berlin um Ausarbeitung eines gemeinschaftlichen Feldzugsplans nachgesucht, hatte aber nie eine Antwort erhalten. Es sollte ein preussischer Offizier, man sprach selbst von General v. Moltke, zu diesem Zweck nach Florenz kommen; allein er kam nicht. Die „Times“ und die „Kln. Ztg.“ sprachen allerdings von der in Rede stehenden Note in sehr unbestimmten Ausdrücken; sie hatten es damals sogar dem General Lamarmora zum Vorwurf angerechnet, darauf keine Antwort ertheilt zu haben. Darauf erklärt nun der gekränkte General in dem Parlament, daß er die preussische Note ihres hochfahrenden, einschneidenden Tones wegen als nicht vorhanden (non avenue) angesehen habe. Er schildert den tiefen Ver-

druss, mit dem er sie gelesen, zumal er im Krim-Krieg und im Feldzug von 1859 von Seiten der französischen Marschälle und englischen Generale an einen ganz andern Ton gewöhnt war. Ja, diese haben sogar mehrmals dem italienischen General für die guten Rathschläge gedankt, die er ihnen ertheilt. Eigenthümlich bleibt der von Lamarmora außer dem hervorgehobene Umstand, daß zwei Tage nach dem Eintreffen der Note eine Abschrift derselben, die im Ministerium ausgefertigt worden war, ihm zuzuging. Dies erschien ihm sehr bedenklich, da ein Aktenstück von solcher Bedeutung, der allgemeine Entwurf eines Feldzugsplans, nicht durch zwei Ministerien und durch verschiedene Hände gehen durfte. Darum hat er es auch vorgezogen, gar keine Antwort auf dasselbe zu ertheilen und auch keinen Zeitungsangriff zu erwidern. Er bemerkte einfach Hrn. Visconti-Verona, er antworte nicht, weil er genöthigt sein würde, in einem zu unangenehmen Ton zu antworten. General Menabrea theilt der Kammer mit, daß der ital. Generalstab bereits mit der Ausarbeitung einer Geschichte des Feldzugs von 1866 beschäftigt sei.

Abg. Nicelli verlangt auf Grund des von Lamarmora mitgetheilten Aktenstückes eine parlamentarische Enquete. Es müsse Licht werden, damit Italien in der Augen Europa's gerechtfertigt erscheine. Der Präsident schließt, nicht ohne auf mehrfachen Widerspruch zu stoßen, den Zwischenfall.

Frankreich.

Paris, 24. Juli. Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 24. Juli.

Die gestrige Debatte über die städtische Octroifrage, deren Ergebnis bereits gemeldet worden, war sehr erregt. Picard schloß seine Rede gegen Hauptmann mit den Worten: „Wenn ein Präsident in der Weise verwalter, wie der Seinepräsident, so wird er abgesetzt.“ Das Publikum applaudirte, worauf der Präsident die Räumung der Tribünen anordnete, wenn Beifallersuche sich wiederholte. Rouher erklärte, Hauptmann werde verdammt, worauf Belletan ausrief: „Die Minister sind Verleumder!“ und für diese Worte, unter großer Aufregung des Hauses, zur Ordnung gerufen wurde.

* **Paris, 24. Juli.** Der „Constitutionnel“ bemerkt in Bezug auf die von mehreren Blättern angezeigte Annäherung zwischen Oesterreich und Preußen: „Es wäre dies eine wichtige Thatsache, da sie die Regelung der verschiedenen durch den Prager Frieden vorgesehenen Fragen, die bis jetzt noch keine Lösung gefunden haben, nach sich ziehen würde.“ Doch nimmt der „Constitutionnel“ gleichzeitig Akt von dem Dementi, welches die „Oesterr. Generalcorresp.“ derartigen Gerüchten entgegensetzt.

Wie das „Journ. de Paris“ meldet, hat sich der italienische Generalstabs-Kapitän Graf Favenna mit einer besondern Mission betraut nach Berlin begeben; er wird gleichzeitig den Militärmandatären im Lager von Regell bewohnen. — Einem Korrespondenten desselben Blattes in Lissabon zufolge wäre die Verlegenheit der portugiesischen Staatskasse so groß, daß der König entschlossen sei, für 45 Millionen Edelsteine zu verkaufen, um den öffentlichen Kassen aufzuhelfen.

Der „Etenard“ meldet, daß der Staatsrath Hr. E. Marchand vorgestern nach einer langen Krankheit mit Tod abgegangen ist. — Rente 70.07 1/2, Cred. mob. 271.25, ital. Anl. 53.50.

Spanien.

Madrid, 22. Juli. Der Admiral Menendez Nunnez hat gebeten, ihn von dem Kommando des Geschwaders im Stillen Ozean zu entbinden. — Im Lande herrscht vollkommene Ruhe. — Die Königin ist wieder in guter Stimmung.

* **Madrid, 23. Juli.** Die durch ein Telegramm der „Times“ gegebene Nachricht, daß der Herzog von Montpensier beabsichtige, auf seine Titel und Würden in Spanien zu verzichten, ist unrichtig. Die ministeriellen Blätter erklären, daß die Regierung durchaus keine Anzeichen in Händen habe, die es wahrscheinlich machen, daß Gerüchte dieser Art begründet sind.

Dänemark.

Kopenhagen, 21. Juli. (Nordb. Allg. Ztg.) In Anlaß der Verlobung des Kronprinzen haben die Provinzstädte alle geflaggt; die Königl. Familie empfing auf ihrer Reise in Bezug auf das Ereigniß überall die herzlichsten Glückwünsche. Die schwedischen Blätter stimmen in der Beurtheilung des Ereignisses mit den unsrigen überein. Sie sind darüber einig, daß die Verbindung der beiderseitigen Königshäuser mit den Gefühlen stimmen, welche die bezüglichen Völker gegen einander hegen, daß man aber derselben keine unmittelbare politische Bedeutung beizulegen habe. Nur das skandinavisch gesinnte „Aftonblad“ deutet darauf, daß eine nahe Verbindung der Herrscherfamilien die Vereinigungsbestrebungen fördern und dazu beitragen könne, daß einige der Gefahren entfernt werden, welche durch die in den Jahren 1864 und 1866 in Europa geschaffene Lage für jene Bestrebungen erwachsen seien.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 19. Juli. (Nat. Ztg.) Unsere Hauptstadt bietet jetzt einen eigenthümlichen Anblick; seit einigen Tagen lagert, namentlich Morgens und Abends, wie ein dichter Nebel über der Stadt; der Geruch und das Brennen in den Augen beehren aber Jeden sofort, daß es wahre Rauchwolken sind, und in der That ist Petersburg von mehreren Seiten von einer Art Rauchmeer umgeben. Ein unterirdischer Torf- und Moorbrand wüthet ganz in der Nähe auf einer großen Ausdehnung; man sagt, daß in der Richtung nach Moskau die Verheerungen sehr bedeutend; ja sogar Verspätungen der Eisenbahnhüge eingetreten seien, und es sollen vorgestern einige Hundert Soldaten abgedankt worden sein, um den Brand durch Abgrabungen zu begrenzen, da von Löschern nicht die Rede sein kann. Auf der nach dem Auslande führenden Eisenbahn hatte ich gestern Gelegenheit, das Vorhandensein ähnlicher Brände mit eigenen Augen zu konstatiren; auf der Strecke von hier bis Tzarstoe-Selo und Gatschina, namentlich zwischen den beiden letzteren Orten, entqualmen dicke Rauchwolken den mit Gesträuch bewachsenen Feldern, und bringen in die Waggon's zur großen Veräufstung der ohnehin unter der Hitze leidenden Reisenden. Auf dieser

Strecke waren keinerlei Arbeiten bemerkbar, um dem verheerenden Elemente Einhalt zu thun. Welche Ausdehnung diese Verwüstung bereits genommen, ist unbekannt.

Großbritannien.

London, 24. Juli. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Lord Stanley auf eine Interpellation Clays, der britische Gesandte in Petersburg habe die dortige britische Faktorei der betreffenden Parlamentsakte gemäß anerkannt; die britische Kapelle in Petersburg sei dagegen eine reine Privatangelegenheit.

Eine preussische Note aus dem Jahr 1866.

Florenz, 22. Juli. Wir geben nachstehend, nach der „Correspond. Italienne“, den Text der Note, welche General Lamarmora in der Sitzung der Abgeordneten-Kammer vom 21. Juli verlesen hat. Wie General Lamarmora vorbeschreibt, war ihm diese Note am 19. Juni 1866, mithin an dem Tage selbst überreicht worden, an welchem er den Obersten Barbiola beauftragt hatte, dem Erzherzog Albrecht die Kriegserklärung zu überbringen.

Florenz, den 17. Juni 1866.

Er. Exc. dem Ministerpräsidenten General Lamarmora in Florenz. Der unterzeichnete außerord. Gesandte und bevollm. Minister Sr. Maj. des Königs von Preußen hat die Ehre, Sr. Exc. dem Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen, General Lamarmora, folgende Bemerkungen vorzutragen:

In wenigen Tagen werden Italien und Preußen in ihrer gemeinschaftlichen Sache gegen Oesterreich zu den Waffen greifen. Die Regierung des Königs, meines erhabenen Herrn, sieht es demnach als durchaus dringlich an, jetzt schon das strengste Einverständnis und das kräftigste Zusammenwirken in den beiderseitigen militärischen Bewegungen festzusetzen. Wenn ihnen im Anfang durch die Entfernung eine gemeinschaftliche Aktion auf demselben Kriegsschauplatz nicht gestattet ist, so muß man dies durch gleichzeitig geführte Schläge zu erziehen suchen. In dieser Weise angegriffen, wird Oesterreich von vornherein seine Streitkräfte theilen müssen, und dieselben Reserven niemals bald nach der einen, bald nach der andern Seite hin verwenden können. Endlich werden die geführten Schläge nicht auf dem Schlachtfeld allein, sondern auch weithin sichtbar werden. Zunächst ist die Königl. Regierung überzeugt, daß der Größtmöglichkeit in Deutschland sofort die italienische Kriegserklärung folgen werde. Preußen kennt die loyale Gesinnung der Regierung des Königs Bismarck zu genau, um daran zu zweifeln. Allein diese Solidarität und diese gleichzeitige Aktion müssen nach der Ansicht der preussischen Regierung während des ganzen Verlaufs des Feldzugs händlich sich kundgeben; als gute Allirte müssen die beiden Mächte ihren beiderseitigen Operationen ein fortwährendes und gegenseitiges Interesse widmen. Dies Bestreben wird, wie Preußen es gern vorantreiben will, von Seite der italienischen Regierung gefällig und getheilt werden.

Das Kriegssystem, welches Preußen für den nächsten Feldzug Italien vorzuschlagen ist, ist eines gründlichen Kriegs (guerre à fond). Sollte den beiden Allirten von Anbeginn an das Waffenloos günstig sein, so würden sie sich nicht durch dazwischenliegende Ereignisse aufhalten lassen, sondern vielmehr suchen, ihren Gegner bis in seine letzten Verschanzungen und in seine letzten Hilfsmittel zu drängen. Sie würden sich, nach einem Sieg, nicht damit begnügen, dies oder jenes Gebiet zu besetzen, welches sie in Folge eines günstigen Friedens werden behalten können. Im Gegentheil und ohne Rücksicht auf die zukünftige Gestaltung der Territorien, werden sie vor Allem den Sieg entscheiden, vollständig und unwiderruflich zu machen suchen. Eine solche durch vereinte Anstrengung dem Gegner beigebrachte Niederlage würde jedem Allirten, je in seiner Sphäre, einen moralischen und politischen Einfluß, der weit über den gleichfalls etwa daraus sich ergebenden materiellen Gewinn sich erstreckte, verleihen.

So wird Preußen sich um die Hindernisse, welche die Kunst oder die Natur ihm von Litz bis Krakau entgegenstellen, nicht kümmern dürfen; es wird seinen etwaigen Erfolg entschlossen bis gegen Wien verfolgen.

Was die gleichen Operationen der italienischen Streitkräfte anbetrifft, so würde man sich nicht mit einer Belagerung des Biered's aufhalten, sondern man würde dieses lieber durchschießen oder umgeben, um den Feind im offenen Feld zu schlagen. Es besteht nur geringer Zweifel darüber, daß, namentlich in Anbetracht der numerischen Ueberlegenheit, die italienische Armee sich in kurzer Zeit im Besitz des venetianischen Landes befinden werde, Venedig, Verona und Mantua ausgenommen, deren Garnisonen allerdings durch Beobachtungskorps von beträchtlicher Stärke im Schach gehalten werden müßten.

Jedenfalls werden die italienischen Generale die besten Richter über die fraglichen Operationen sein. Um jedoch durchweg gleichmäßig mit Preußen voranzugehen, darf sich Italien nicht damit begnügen, bis an die nördlichen Grenzen Venetiens vorzudringen; es muß sich bis zur Donau Bahn brechen; es muß sich mit Preußen an dem Mittelpunkte der Kaiser. Monarchie selbst begegnen; kurz, es muß auf Wien marschiren. Um sich den dauernden Besitz Venetiens zu sichern, muß es vorerst die österreichische Macht ins Herz getroffen haben.

Welches würden die Folgen sein, wenn Italien in Udine oder Belluno seine militärische Aktion abgrenzen und sich alldann mit der Belagerung der festen Plätze beschäftigen wollte? Es würde unvermeidlich den ganzen Krieg aufhalten; denn es würde der österreichischen Armee gestatten, sich ruhig nach dem Norden zurückzuziehen, um die Kaiserl. Waffen gegen Preußen zu verstärken. Vielleicht mit Hilfe Bayerns könnten diese vereinigten Streitkräfte der preussischen Offensive Halt gebieten und sie auf eine gewöhnliche Defensiv zurückführen. So würde man nach Einbuße der Ergebnisse der vorher errungenen Erfolge vielleicht einen Frieden schließen, der ebenso für Preußen wie für Italien weber den ursprünglichen Ideen, noch den unermeßlichen Opfern, die man sich auferlegt, entsprechen würde. Um diese traurige Eventualität fern zu halten, welche früher oder später die Allirten ihr Werk wieder aufzunehmen nöthigen würde, glaubt Preußen nicht stark genug auf der Nothwendigkeit bestehen zu können, von beiden Seiten die Offensive bis auf's äußerste, d. h. bis unter die Mauern der Hauptstadt zu treiben.

Nehme man für einen Augenblick die entgegengekehrte Möglichkeit an, und fasse man insbesondere die Lage Preußens ins Auge, so hätte diesem in der That die Mitwirkung Italiens mehr geschadet, als dessen absolute Neutralität. Die Neutralität hätte wenigstens eine ganz österreichische Armee in dem Bieder zurückgehalten und, zum Vortheil Preußens, lahm gelegt. Die siegreiche, aber übel verstandene und in

ihrem Lauf aufgehaltene Mitwirkung würde diese nämliche Armee gegen Preußen hin zurückdrängen, und dieses hätte weniger Aussicht mit, als ohne seine Allianz mit Italien. Allein die Regierung des Königs, meines erhabenen Herrn, verläßt sich mit vollem Vertrauen auf die Loyalität ihres Allürten, um jede Möglichkeit einer solchen Eventualität auszuschließen.

Zwar könnte in strategischer Beziehung der Marsch der italienischen Armee auf Wien gefährlich erscheinen. Die Operationslinie dürfte zu lange gestreckt, die Hilfsquellen dürften zu weit entfernt erscheinen. Allein in dem Maß, als man sich der preussischen Armee nähert, verschwindet die Gefahr, und der schließliche Sieg wird immer wahrscheinlicher.

Uebrigens gibt es noch ein unfehlbares Mittel, um den beiden Armeen das thätigste Zusammenwirken auf einem gemeinsamen Gebiet zu sichern: dies Gebiet ist Ungarn. Die preussische Regierung hat kürzlich die ungarische Frage sorgfältig studiren lassen. Sie hat die Ueberzeugung erlangt, daß dieses Land, gleichwohl von Italien und Preußen unterherrscht, ihnen dafür als Verbindungsglied und als strategischer Stützpunkt dienen kann. Man entsende z. B. nach der Ostküste des Adriatischen Meeres eine starke Expedition, welche in nichts das Haupttheater schwächen würde, weil man sie zum größten Theil aus den Reihen der Freiwilligen bilden und unter die Befehle des Generals Garibaldi stellen würde. Nach allen Mittheilungen, die der preussischen Regierung geworden sind, würde eine solche Expedition eine überaus herzliche Aufnahme bei den Slaven und bei den Ungarn finden. Sie würde die Pläne der gegen Wien vorrückenden Armee decken und ihr die Mitwirkung und die Hilfsmittel jener weiten Landstriche eröffnen. Dagegen werden die kroatischen und ungarischen Regimenter der österreichischen Armee sehr bald gegen Herte sich zu schlagen weigern, die in ihren eigenen Ländern als Freunde aufgenommen worden sind. Von Norden über die Grenzen des preussischen Schlesiens könnte ein, so weit wie möglich, aus nationalen Elementen gebildetes fliegendes Korps in Ungarn einbringen und sich mit den italienischen Truppen, sowie den sofort sich organisirenden nationalen Streitkräften vereinigen. Oesterreich würde in dem Maß verlieren, in dem wir gewinnen, und die Schläge, die alsdann auf dasselbe niedersiefen, würden nicht mehr seine einzelnen Glieder, sondern sein Herz treffen.

Aus allen diesen Gründen legt die preussische Regierung einen so hohen Werth auf die ungarische Frage und auf die mit dem italienischen Verbündeten auf diesem Boden kombinirte Aktion. Sie schlägt dem florentiner Kabinett vor, gemeinschaftlich die Kosten zu tragen, welche zur Vorbereitung des Empfangs der angegebenen Expeditionen und der gesicherten Mitwirkung jener Länder selbst notwendig sind. Dies ist die allgemeine Idee des Feldzugsplans, die der Unterzeichnete den Weisungen seiner Regierung gemäß dem italienischen Kabinett vorzulegen sich beehrt. Je mehr dieser Plan auf allgemeine Interessen Anwendung findet, je mehr er die gegenseitige Annäherung beider Armeen befehrt, desto mehr schmeichelt sich die Regierung des Unterzeichneten, daß er bei der italienischen Regierung eine sympathische Aufnahme finden und mächtig zum Erfolg des großen Unternehmens beitragen werde.

In dem der Unterzeichnete Sr. Exc. den Hrn. Gen. Lamarmora bittet, ihn baldmöglichst mit einer Antwort beehren zu wollen, fühlt er sich gedrungen, ihn seiner vollkommensten Hochachtung zu versichern.

Geg. U. Sedom.

Baden.

Karlsruhe, 25. Juli. Auf Veranstaltung der Großh. Verkehrsdirektion findet morgen, Sonntag 26. d., eine Vergnügungsfahrt zu ermäßigten Preisen von hier nach Wildbad und zurück statt.

Mannheim, 23. Juli. Die ad hoc ernannten Bevollmächtigten der sechs Rheinufer-Staaten sind heute dahier im Großh. Schloß zusammengetreten, um die Revision der Rheinschiffahrts-Akte von 1831 vorzunehmen.

Adelsheim, 23. Juli. (Laud.) Gestern geschah der erste Spatenstich zum Eisenbahnbau Jartfeld-Oberburken auf der Gemeindefeld. Am letzten Dienstag wurde das neue Amtsgerihts-Gebäude dahier von der Großh. Bauinspektion dem Großh. Hrn. Amtsrichter Bärenklau durch Einräumung der Schlüssel überantwortet und hat das Großh. Amtsgericht heute mit dem Einzug begonnen, so daß in wenigen Tagen das seitliche Amtshaus zum alleinigen Gebrauch des Großh. Bezirksamts geräumt sein wird.

Hochhausen, 23. Juli. (Laud.) Heute Nachmittag gegen 4 Uhr traf dahier eine Kompagnie des 2. Infanterieregiments ein, welche den Morgen um 6 Uhr von Kilsheim nach Hundheim zur Entthüllung des Denkmals marschirt war und heute Nacht hier einquartiert werden sollte. Etwas 1000 Schritte vor dem Ort stürzte Soldat Roe von Bilschheim zusammen und verschied in Folge eines Schlaganfalls. Trotz sofortiger Hilfeleistung war derselbe nicht mehr dem Leben wiedergugehen. Es ist dies ein harter Schlag für den Vater, welcher den Tag vorher den Sohn in voller Gesundheit begrüßt hatte. Die Leiche des Verstorbenen wird nach Bilschheim gebracht und dort Samstag Vormittag militärisch beerdigt werden.

Hundheim, 23. Juli. (Laud.) Die Entthüllungsfestlichkeiten des den bei hiesigem Orte gefallenen bad. Kriegerern errichteten Monuments gingen gestern unter sehr zahlreicher Theilnahme von Seiten der Bewohner der Umgegend vor sich.

Verbach, 24. Juli. (Laud.) So eben fand unter zahlreichster Theilnahme von nah und fern die Einweihung des Denkmals statt. Alles nahm seinen programmäßigen Weg und verlief in bester Ordnung.

Markdorf, 21. Juli. (Konst. Ztg.) Gestern ist das Vermögen und die Administration des hiesigen Spitalfonds unter bezirksamtlicher Leitung aus den Händen der Stiftungskommission an die besonders gebildete neue weltliche Ortsbehörde übertragen und ohne weitere Beanstandung vollzogen worden.

Vermischte Nachrichten.

Dompräbendar J. Schwegler in Freiburg zeigt an, daß er nächsten Herbst im Verein mit bewährten Kräften eine Anstalt zur Heranbildung von Organisten und Chordirigenten im Geist der kath. Kirche eröffnen wird.

Neuenburg, 23. Juli. (Oberrh. Kur.) Gestern erkrankte im neuen Rhein beim Baden der noch ledige Agent der französischen Feuerversicherung aus Mühlheim; mit ihm wären bald noch zwei weitere, die ihm zu Hilfe kommen wollten, eine Beute des Todes geworden.

Stuttgart, 24. Juli. (Sch. M.) Heute Mittag 1 Uhr ist der Ertrag nach Wien zum Schützenfest mit nahezu 320 Mann

Schützen aus Stuttgart und dem Unterland in 13 Wagen von hier abgegangen. Württemberg sendet 500 Schützen zum Fest; das größte Kontingent hievon stellt die Stadt Stuttgart mit 225 Mann.

— Lindau, 23. Juli. (Münch. Kor.) Vorgehen wurden interessante Proben mit dem Modell des Trajekt-Bootes des hiesigen Betriebsamtes über Tragfähigkeit und Verwendungsmöglichkeit gemacht, welche vollkommen befriedigten. Die Arbeiten für Herstellung des Vorbahnhofes am See und der schiefen Ebene für Verladung der Wagen aus und nach dem Boote werden demnächst in Angriff genommen. Das Boot selbst wird bald vom Stapel gelassen werden.

— Ueber die Beurtheilung eines Korrespondenten der „Erbherfeld. Ztg.“ in Rom bringt das „Westf. Volksbl.“ folgende Aufklärung: Kurze Zeit nach Erscheinen eines die päpstlichen Zuaven betreffenden Artikels in der „Erbherfelder Zeitung“ suchte ein Zuave in Rom, welcher als Schreiber auf dem Kriegsministerium verwendet wurde, sich Gelder zu verschaffen; er schrieb Briefe an Auswärtige, schickte darin, daß er als guter Katholik unter den Zuaven nicht länger dienen könne, und bat um Reisegelder, um sich von Rom wieder zu entfernen. Mehrfach erklärte derselbe in diesen Zuschriften auch, er sei in Padernorn durch Vorpiegelungen und Bestechungen fast mit Gewalt für die Zuaven angeworben worden. Hieraus und in Folge einiger anderen aus ihm Licht gekommenen Umständen schloß man in Rom Verbach, daß die Artikel in der „Erbherfelder Zeitung“ von demselben Zuaven herrühren könnten; er wurde am 10. v. M. verhaftet, seine Papiere wurden in Beschlag genommen; unter denselben befanden sich die ihn beläsenden Briefe, und das Kriegsgericht verurtheilte ihn zu sechsjähriger Galeerenstrafe. Das Revisionstribunal zu Rom hat in der Sitzung vom 1. d. M. dieses Erkenntniß dahin abgeändert, daß es auf Ausstoßung des Zuaven aus dem Regiment und zwei Jahre Galeerenstrafe erkannte. Weiter erzählt das „Westf. Volksbl.“ noch, daß der Berichtsteller von der St. Michaels-Brüderchaft früher 93 Thaler erhalten hatte, um nach Rom unter die Zuaven gehen zu können.

— Köln, 22. Juli. Der Advokat-Anwalt Dr. Thesmar hierselbst will während des Universitätsjubiläums in Bonn seine 44. Mensur (Duell) liefern. Er theilt der „Erbf. Ztg.“ mit, daß er schon zwei hohe Beamte aufgefodert habe, mit ihm einen Gang Schläger zu wagen, dieselben aber keine Lust gehabt, sich „Schmiss“ zu holen. Uebrigens seien schon in Bonn die erforderlichen Verabredungen getroffen, um die Ausführung des Planes zu ermöglichen.

— Flensburg, 21. Juli. (Rid. Z.) Einem hiesigen Institutsvorsteher war vor einiger Zeit der Gebrauch der dänischen Sprache als eigentlicher Unterrichtssprache für solche Schüler, die ehemals der dänischen Schule und Gemeinde angehört, unterlag. Jetzt ist dieses Verbot wieder aufgehoben und der Gebrauch der dänischen Sprache im Religionsunterricht und einigen anderen bestimmten Unterrichtsfächern gestattet worden, falls Eltern und Vormünder solches wünschen sollen.

— Wien, 23. Juli. Die „N. Fr. Presse“ schreibt: Das Schützenfest wird größere Dimensionen annehmen, als man noch vor wenigen Tagen hoffte; allein für Eintrittskarten à 20 kr. wurde bisher eine Summe von mehr als 20,000 fl. eingenommen. Heute früh sind bereits die ersten Gäste mit dem Prager Postzug, 250 Schafen, hier eingetroffen. Für morgen, Freitag, und Samstag sind außer den eigentlichen Schützenzügen 13 separate Vergnügungszüge angelegt; von Breslau werden zwei Züge erwartet; ferner kommen solche von Bodoenbad (Dresden, Leipzig, Berlin), Reichenberg, Briinn, Altnitz, Krakau, Kroppan, Pesth. Ungleich größer wird die Zahl der Vergnügungszüge auf der Süd- und Westbahn sein.

Die Gesamtkosten für die zum Fest errichteten Bauten betragen nach der detaillirten Rechnung des offiziellen „Festblattes“ zusammen 263,765 fl. 71 kr.

— Wien, 24. Juli. Abde. Der Ertrag, welcher von heute die Frankfurter Schützen zuführte, traf hier um 5 Uhr ein und die Gäste vom Rhein wurden im Bahnhof mit begeisterten Hochrufen vieler Tausende empfangen. Dombaumeister Schmidt begrüßte die Schützen vom Rhein und Main, die gekommen, um Zeugen zu sein, daß die Bewohner der Dismar treu deutsche Kultur pflegen. Zwischen Oesterreich und Deutschland solle keine Mauer sein; Oesterreich werde zu Deutschland stehen in Noth und Tod. Ihm antwortete Dr. Eigmund Müller aus Frankfurt mit einem Hoch auf die deutsche Stadt Wien. Unter Vormarsch der Militärkapelle des Regiments „Eise“ wurde sodann nach der Stadt gezogen.

— Die „Ital. Kor.“ meldet, daß die italienische geographische Gesellschaft, der Herzog von Aosta und die Minister des öffentlichen Unterrichts und der Marine zu den Kosten der deutschen Nordpol-Expedition mit beigetragen haben. Die gesammelten Summen sind an Dr. Petermann in Götta abgegangen worden.

— Rouen, 23. Juli. Eine große Feuersbrunst hat das hiesige Postgebäude zerstört. Der Verlust wird auf 1,000,000 Fr. geschätzt.

— Brüssel, 23. Juli. (Rid. Ztg.) Ein Mann, der mehrfach eine ziemlich bedeutende politische Rolle in Belgien gespielt hat, Hr. Eduard Dupetiaux, ist vierundsechzig Jahre alt, gestorben. In seiner Jugend schon Journalist, war er ein eifriger Fortkämpfer gegen die holländische Regierung, und erlitt dafür eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren. In den Septembertagen der Revolution hat er tapfer mitgekämpft. Später Generalsekretär der Gefängnisse und Wohlthätigkeitsanstalten, hat er sich durch eine Menge von Arbeiten über die Arbeiterfrage, die Wohlthätigkeitsanstalten und Schulangelegenheiten verdient gemacht. In späteren Jahren ging er aber zu der äußersten linken Partei über und hat sich besonders durch die Organisation der katholischen Kongresse in Mecheln hervorgethan, die ganz sein Werk sind.

— Erdbeben auf Hawaii. Der in Honolulu erscheinende „Commercial Advertiser“ vom 9. Mai bringt einen sehr ausführlichen Bericht über die neueste vulkanische Eruption auf der Insel Hawaii Anfang April d. J. Es ist dies die einzige in der ganzen Inselgruppe, wo die Vulkane noch in Thätigkeit sind, und unter diesen haben seit 1843 nur auf dem 13,760 Fuß hohen Mauna Loa, in dem südwestlichen Theil der Insel, im Distrikt Kau, Eruptionen stattgefunden. Alles in Allem kamen in den 90 Jahren seit der Entdeckung der Inseln durch Cook in ziemlich regelmäßigen Zwischenräumen 10 Ausbrüche vor.

Die ersten Zeichen von dem Heranziehen eines neuen großen vulkanischen Unwetters wurden bereits am 27. März wahrgenommen, wo man von den Schiffen an der Küste aus eine mehrere Meilen hohe Rauchsäule mit hellem Schimmer über der Insel aufsteigen sah. Gegen 10 Uhr Morgens am 28. März begann dann eine Reihe von Erdb-

eben, welche mit längern Pausen über einen Monat fortbauerten. In Kona (an der Westküste) zählte man an einem Tag 50–60 Stöße, in Kau zu derselben Zeit über 300, und in der Nähe des vor dem Mauna Loa besonders thätig gewesenen Kraters Klauca (in Puna an der Ostküste) soll die Erde mehrere Tage lang in fortwährender, oft von starken Stößen unterbrochener Bewegung gewesen sein. In Kau will man im Ganzen vom 28. März bis zum 11. April 2000 Stöße gezählt haben, was auf den Tag durchschnittlich über 140 macht. Im Allgemeinen wurden die Stöße vom 28. März bis zum 2. April immer stärker; um 4 Uhr Nachmittags am genannten Tag erfolgte ein so furchtbar starker, daß im Distrikt Kau nur wenig feinerne Mauern, überhaupt nur wenig Häuser stehen blieben. Ueberall auf ganz Hawaii richtete der Stoß großen Schaden an und auf der ganzen Inselgruppe bis zu dem 200 Meilen entfernten Kanal wurde er verspürt. In dem genannten Distrikt wurden u. a. auch sämtliche Kirchen, eine einzige ausgenommen, demolirt, Menschen, Pferde und andere Thiere wurden niedergeworfen; die Wirkung war augenblicklich; ehe man es denken konnte, lag man auf der Erde. Die große massive Kirche in Waikahu (südlich vom Mauna Loa) war in zehn Sekunden ein Trümmerhaufen. Ein Beobachter beschreibt die Wirkungen des Erdstoßes wie folgt: Zuerst wogte der Boden von Norden und Süden hin und her, dann von Ost nach West, dann auf und ab in jeder denkbaren Richtung mehrere Minuten lang. Alles trachte um und her; die Bäume stürzten nieder, als wie von einem Orkan entworzelt. Aufrecht zu stehen war unmöglich, man mußte sich niederlegen und mit Armen und Füßen sich stemmen, um nicht umgeworfen zu werden. Der ganze Bezirk ward zu einer einzigen Wüstenei. Man konnte drei verschiedenartige Bewegungen unterscheiden, die eine eine wellenförmige (meist in der Richtung von Nordwest nach Südost), die zweite eine stoßförmige, die immer nur ein paar Sekunden anhält, die dritte eine mehr rollende, polternde. Alle waren mit mehr oder weniger einem fernem Donner oder Geschützfeuer ähnlichen Getöse verbunden.

Gleichzeitig mit dem Erdstoß am Nachmittag des 2. April fand die merkwürdige, auf diesen Inseln noch nie erlebte Schlamm-Eruption bei Kapapala (in Kau an der Grenze von Puna, etwa 15 Meilen von dem Klauca-Krater) in der Nähe der Wohnung eines Hrn. Charles Richardson statt. Der Schauplatz des Ereignisses waren zwei ein paar englische Meilen lange, mit Tulu und anderen Bäumen bewachsene und von einem Teppich von zartesten Maniana-Gras bedeckte Thäler, die von grasenden Rinderherden und Pferden belebt waren. In demselben Augenblick, wo der Erdstoß stattfand, wurden die Seiten der Thäler zerklüftet und aus den Spalten brach mit furchtbarer Explosion ein Strom von rothem Schlamm und Wasser hervor, der drei Meilen weit getrieben wurde. Dicht unter und in der Nähe der Spalten sieht man Steinhäufen, die wahrscheinlich zuerst ausgeworfen wurden. Eine Hütle von Eingebornen, eine Strecke weiter befindlich, ist verschont geblieben; der Schlammstrom scheint über sie hinweggegangen zu sein. Der Schlammhaufen beginnt etwa 1800 Fuß von der Öffnung und erstreckt sich, zwischen $\frac{1}{2}$ bis 1 Meile breit und in einer Tiefe von 2 Fuß am Rande bis 30 Fuß in der Mitte, auf eine Entfernung von 3 Meilen. Diese ungeheure Masse Schlamm wurde in weniger als 2 Minuten ausgeworfen, mit einer Gewalt, als wenn sie aus zwei riesigen Batterien gefeuert worden wäre. Am Ende der Schlammwürfe befindet sich ein Haufen von Steinen, die der Schlamm vor sich hergetrieben zu haben scheint. Auf seinem Weg entworzelt er Bäume und tödtete Menschen und Thiere. Man zählt 31 tödte Menschen und zwischen 500–1000 Stück todtet Rinder, Pferde, Ziegen und Schafe. Der dickflüssige Stoff, jetzt, wo er trocken geworden ist, eher Lehm zu nennen, besteht aus einer feinspulverisirten roten Erde, wie sie häufig auf der Insel gefunden wird. Sie und da ist sie mit Steinen, Baumstämmen und Aesten, Farrenblättern u. gemischt. Man sieht häufig stehengebliebene Baumstämme, deren Kronen wie abgeschossen sind. Die Schnelligkeit des durch die unterirdische Explosion fortgeschleuderten Stroms schätzt man auf mindestens eine Meile auf die Minute; die schnellsten Thiere werden von ihm überholt. Jetzt fließt aus der Öffnung, aus welcher der Schlamm hervordruch, ein helles, süßes Bergwasser, das einzige in dem Thal und dem Eigenthümer um so willkommener, als alle seine Gisternen nach dem Erdbeben versiegt waren. Hr. Richardson's Verlust beträgt etwa 15,000 Pfd. St.; er wird bald gedeckt sein, da der Schlamm sehr fruchtbar ist und rasch von dichter Vegetation bedeckt sein wird.

Unmittelbar nach dem Erdstoß und der obigen Explosion trat an der Küste die vulkanische Pluth ein, deren tosende, auf- und abwogende Brandungen sich bis zu 60 Fuß erhoben, und die an der südlichen Küste eine Anzahl Dörfer mit ihren Bewohnern hinwegspülte. Ueber hundert Menschen verloren dabei ihr Leben.

Die Erdstöße dauerten auch nach dem 2. April mit theilweise noch großer Heftigkeit fort, bis am 7. April die Lava-Eruption an der südlichen Seite des Mauna Loa erfolgte. Die glühende Masse wurde, untermischt mit bis zu 100 Tons schweren Steinen und in einer eigenthümlich rotatorischen Bewegung, 500–600 Fuß in die Höhe geworfen und floß dann in einer Breite von 200–300 Fuß und bis zu 25 Fuß hoch in der Nähe der südlichen Spitze der Insel bei Kalki mit einer Geschwindigkeit von 10–25 Meilen per Stunde ins Meer. Der Anblick, namentlich von der See aus, wird als ein wunderbar majestätischer geschildert.

Hamburg, 22. Juli. Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Germania“, Kapitän Schwensen, welches am 8. Juli von hier und am 10. Juli von Southampton abgegangen, ist nach einer schnellen Reise von 10 Tagen 8 Stunden am 21. d. M. 3 Uhr Nachmittags, wohlbehalten in Neu-York angekommen.

Frankfurt, 25. Juli, 3 Uhr 55 Min. Nachm. Oesterr. Kreditaktien 223 $\frac{1}{2}$, Staatsbahn-Aktien 264 $\frac{1}{2}$, National —, Steuerfreie —, 1860r Loose —, Oesterr. Baluta —, 4proz. bad. Loose 100 $\frac{1}{16}$, Amerikaner 76 $\frac{1}{16}$, Gold —.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 10.53"	+ 20.5	S.W.	stark bew.	Sonnenshl., warm
Mittags 2 "	" 10.20"	+ 26.0	schw.	"	Sonnenshl., heiß
Nachts 9 "	" 10.50"	+ 18.5	N.D.	stark "	Gewitter m. Regen
24. Juli.					
Morgens 7 Uhr	27° 11.93"	+ 17.5	N.D.	stark bew.	Sonnenshl., mild
Mittags 2 "	" 28° 0.36"	+ 20.5	schw.	"	Sonnenshl., windig
Nachts 9 "	" 0.53"	+ 16.0	N.D.	"	heiter, mild

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Wöckmühl.

Veraffordirung von Eisenbahn-Hochbau-Arbeiten.

Zu Ausführung der Untern-Jagstbahn (Strecke Jagstfeld-Oberburken) werden in höherem Auftrage die Bauarbeiten zu den Hochbauten der Station Sigmaringen zur Submission hiemit ausgeschrieben, und zwar:

Table with 12 columns: Benennung der Bauten, Maurer- und Steinbau-Arbeit, Oxypter-Arbeit, Zimmer-Arbeit, Schreiner-Arbeit, Glaser-Arbeit, Schlosser-Arbeit, Schmied-Arbeit, Klempner-Arbeit, Anstich-Arbeit, Maler-Arbeit. Rows include Verwaltungsgedäude, Nebengebäude, Güterschuppen, Trottoir und Rampen, Vieh- u. Equipagenrampe, Wasserabzugsbohlen, Schwach der Bodenwaage mit Waaghäuschen, and Zusammen.

Die Pläne, Vorschläge und das Bedingnißheft können bei dem Eisenbahn-Hochbau-Amt Wöckmühl eingesehen werden. Liebhaber zu Uebernahme dieser Arbeiten haben ihre Angebote, welche den Abstreich an den Voranschlagspreisen in Prozenten ausgedrückt enthalten müssen, unter Anschluß von Vermögens- und Fähigkeitzeugnissen (ersterer aus neuerer Zeit), schriftlich, versiegelt und mit der Aufschrift: „Angebote zu den Hochbau-Arbeiten der Station Sigmaringen“ versehen, spätestens bis Freitag den 7. August, Mittags 12 Uhr, portofrei bei dem Hochbau-Amt Wöckmühl einzureichen.

An demselben Tage, Nachmittags 3 Uhr, findet hier die urkundliche Eröffnung der eingelaufenen Offerte statt, welcher die Submittenten anwohnen können. Wöckmühl, den 21. Juli 1868.

K. Württemb. Eisenbahn-Hochbau-Amt. Keller.

Wöckmühl.

Veraffordirung von Eisenbahn-Hochbau-Arbeiten.

Zu Ausführung der Untern-Jagstbahn (Strecke Jagstfeld-Oberburken) werden in höherem Auftrage die Bauarbeiten zu den Hochbauten der Station Sigmaringen zur Submission hiemit ausgeschrieben, und zwar:

Table with 12 columns: Benennung der Bauten, Maurer- und Steinbau-Arbeit, Oxypter-Arbeit, Zimmer-Arbeit, Schreiner-Arbeit, Glaser-Arbeit, Schlosser-Arbeit, Schmied-Arbeit, Klempner-Arbeit, Anstich-Arbeit, Maler-Arbeit. Rows include Verwaltungsgedäude, Nebengebäude, Güterschuppen, Trottoir und Rampen, Vieh- u. Equipagenrampe, Wasserabzugsbohlen, Schwach der Bodenwaage mit Waaghäuschen, and Zusammen.

Die Pläne, Vorschläge und das Bedingnißheft können bei dem Eisenbahn-Hochbau-Amt Wöckmühl eingesehen werden. Liebhaber zu Uebernahme dieser Arbeiten haben ihre Angebote, welche den Abstreich an den Voranschlagspreisen in Prozenten ausgedrückt enthalten müssen, unter Anschluß von Vermögens- und Fähigkeitzeugnissen (ersterer aus neuerer Zeit), schriftlich, versiegelt und mit der Aufschrift: „Angebote zu den Hochbau-Arbeiten der Station Sigmaringen“ versehen, spätestens bis Freitag den 7. August, Mittags 12 Uhr, portofrei bei dem Hochbau-Amt Wöckmühl einzureichen.

An demselben Tage, Nachmittags 3 Uhr, findet hier die urkundliche Eröffnung der eingelaufenen Offerte statt, welcher die Submittenten anwohnen können. Wöckmühl, den 21. Juli 1868.

K. Württemb. Eisenbahn-Hochbau-Amt. Keller.

Wöckmühl.

Veraffordirung von Eisenbahn-Hochbau-Arbeiten.

Zu Ausführung der Untern-Jagstbahn (Strecke Jagstfeld-Oberburken) werden in höherem Auftrage die Bauarbeiten zu den Hochbauten der Station Weigheim zur Submission hiemit ausgeschrieben, und zwar:

Table with 12 columns: Benennung der Bauten, Maurer- u. Steinbau-Arbeit, incl. Pfahlrostgründung, Oxypter-Arbeit, Zimmer-Arbeit, Schreiner-Arbeit, Glaser-Arbeit, Schlosser-Arbeit, Schmied-Arbeit, Klempner-Arbeit, Anstich-Arbeit, Maler-Arbeit. Rows include Verwaltungsgedäude, Nebengebäude, Güterschuppen, Trottoir und Rampen, Vieh- u. Equipagenrampe, Wasserabzugsbohlen, Schwach zur Bodenwaage mit Waaghäuschen, and Zusammen.

Die Pläne, Vorschläge und das Bedingnißheft können bei dem Eisenbahn-Hochbau-Amt Wöckmühl eingesehen werden. Liebhaber zu Uebernahme dieser Arbeiten haben ihre Angebote, welche den Abstreich an den Voranschlagspreisen in Prozenten ausgedrückt enthalten müssen, unter Anschluß von Vermögens- und Fähigkeitzeugnissen (ersterer aus neuerer Zeit), schriftlich, versiegelt und mit der Aufschrift: „Angebote zu den Hochbau-Arbeiten der Station Weigheim“ versehen, spätestens bis Freitag den 7. August, Mittags 12 Uhr, portofrei bei dem Hochbau-Amt Wöckmühl einzureichen.

An demselben Tage, Nachmittags 3 Uhr, findet hier die urkundliche Eröffnung der eingelaufenen Offerte statt, welcher die Submittenten anwohnen können. Wöckmühl, den 21. Juli 1868.

K. Württemb. Eisenbahn-Hochbau-Amt. Keller.

Wöckmühl.

Veraffordirung von Eisenbahn-Hochbau-Arbeiten.

Zu Ausführung der Untern-Jagstbahn (Strecke Jagstfeld-Oberburken) werden in höherem Auftrage die Bauarbeiten zu den Hochbauten der Station Seunfeld zur Submission hiemit ausgeschrieben, und zwar:

Table with 12 columns: Benennung der Bauten, Maurer- und Steinbau-Arbeit, Oxypter-Arbeit, Zimmer-Arbeit, Schreiner-Arbeit, Glaser-Arbeit, Schlosser-Arbeit, Schmied-Arbeit, Klempner-Arbeit, Anstich-Arbeit, Maler-Arbeit. Rows include Verwaltungsgedäude, Nebengebäude, Güterschuppen, Trottoir und Rampen, Vieh- u. Equipagenrampe, Wasserabzugsbohlen, Schwach der Bodenwaage mit Waaghäuschen, and Zusammen.

Die Pläne, Vorschläge und das Bedingnißheft können bei dem Eisenbahn-Hochbau-Amt Wöckmühl eingesehen werden. Liebhaber zu Uebernahme dieser Arbeiten haben ihre Angebote, welche den Abstreich an den Voranschlagspreisen in Prozenten ausgedrückt enthalten müssen, unter Anschluß von Vermögens- und Fähigkeitzeugnissen (ersterer aus neuerer Zeit), schriftlich, versiegelt und mit der Aufschrift: „Angebote zu den Hochbau-Arbeiten der Station Seunfeld“ versehen, spätestens bis Freitag den 7. August, Mittags 12 Uhr, portofrei bei dem Hochbau-Amt Wöckmühl einzureichen.

An demselben Tage, Nachmittags 3 Uhr, findet hier die urkundliche Eröffnung der eingelaufenen Offerte statt, welcher die Submittenten anwohnen können. Wöckmühl, den 21. Juli 1868.

K. Württemb. Eisenbahn-Hochbau-Amt. Keller.

portofrei bei dem Hochbau-Amt Wöckmühl einzureichen. An demselben Tage, Nachmittags 3 Uhr, findet hier die urkundliche Eröffnung der eingelaufenen Offerte statt, welcher die Submittenten anwohnen können. Wöckmühl, den 21. Juli 1868.

K. Württemb. Eisenbahn-Hochbau-Amt. Keller.

3.n.388. Nr. 320. Donaueschingen. (Verkauf alter Aktien.) Bei dieser Stelle liegt ein größeres Quantum alter Aktien, welche zum Verkauf angeboten werden sollen. Angebote auf den Namen wollen bis 1. August d. J. bei unterzeichneter Stelle unter der Aufschrift „Angebot auf alte Aktien“ portofrei eingereicht werden.

An demselben Tage, früh 9 Uhr, werden die eingelaufenen Angebote in Gegenwart der anwesenden Submittenten eröffnet. Donaueschingen, den 19. Juli 1868. Großh. bad. Bezirksgericht. v. Gläubig.

3.n.397. Nr. 3189. Heidelberg. (Bekanntmachung.) In Sachen der Ehefrau des Wälders Christof Schumann, gebornen Rey, in Helmstadt, Klägerin, gegen ihren Ehemann, Beklagten, Vermögensabsonderung betreffend, ist auf die von Anwalt Hornmuth erobene Klage Verhandlungstagfahrt anberaumt auf Dienstag den 29. September d. J. früh 8 Uhr; was zur Kenntnis der Gläubiger gebracht wird. Heidelberg, den 15. Juli 1868. Großh. bad. Kreisgericht als Civilkammer. Der Direktor. Oblicher.

3.n.396. Nr. 3144. Heidelberg. (Urtheil.) In Sachen der Ehefrau des Konrad Pfäumer in Neuenheim, Karoline, geb. Salomon, Klägerin, gegen ihren Ehemann, Beklagten, Vermögensabsonderung betr., wurde durch Urtheil vom heutigen Klagerin zur berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem des Beklagten abzutrennen. Heidelberg, den 11. Juli 1868. Großh. bad. Kreisgericht. Civilkammer. Oblicher.

3.n.534. Nr. 8892. Engen. (Ausfertigung.) In der Gantfache des Kaufmanns Otto Bögle von Engen werden alle diejenigen Gläubiger, welche ihre Forderungen bis heute nicht gemeldet haben, von der vorhandenen Masse ausgeschlossen. Engen, den 9. Juli 1868. Großh. bad. Amtsgericht. S. Schmidl.

3.n.535. Nr. 9748. Radolfzell. (Schlußerkennniß.) Die Gant des Johann Winter, Kaufmann, ist beendet. 1. Werden alle diejenigen Gläubiger, welche heute die Anmeldung ihrer Forderungen unterlassen haben, von der vorhandenen Masse ausgeschlossen. II. Auf Antrag der Ehefrau des Kaufmanns Maria Anna, geb. Fuchs, und in Anwendung § 1069 B. O. wird ausgesprochen: Es sei das Vermögen der Ehefrau des Kaufmanns von jenem ihres Ehemannes abgetrennt, unter Verfallung der Gantmasse an Kosten. Radolfzell, den 21. Juli 1868. Großh. bad. Amtsgericht. Goldschmidt.

3.n.547. Nr. 4794. Achern. (Ausfertigung.) Alle Gläubiger, welche in der Gantfache des Kaufmanns Carl Lorenz Gehrung, geb. Sutter, den 20. Juli 1868, ihre Forderungen in der heutigen Verhandlungstagfahrt nicht angemeldet haben, werden von der vorhandenen Gantmasse ausgeschlossen. Achern, den 20. Juli 1868. Großh. bad. Amtsgericht. Himm. 3.n.552. Nr. 8140. Durlach. (Bekanntmachung.) Die Gant des Zacharias Holzner junger von Weingarten betr. Durlach, den 17. Juli 1868. Großh. bad. Amtsgericht. Goldschmidt.

3.n.553. Nr. 7060. Eppingen. (Entscheidung.) Die Ehefrau des Wälders Josef Peter Friederich, geb. Bauer, von hier wurde zum Vermögen mit dem 30. Mai d. J. Nr. 5496, wegen dem Vermögen der Ehefrau des Kaufmanns Josef Peter Friederich, geb. Bauer, von hier wurde zum Vermögen mit dem 21. Juli 1868. Großh. bad. Amtsgericht. Kugler.

3.n.543. Nr. 16598. Forzheim. (Gantbescheid.) Gegen Gold- und Silberarbeiter Helmuth Witzgahn, welcher die Gant erkannt und Tagfahrt zum Nichtigstellungs- und Vorzugsverfahren auf Mittwoch den 12. August l. J., Vormittags 9 Uhr, angeordnet.

Alle diejenigen, welche aus was immer für einem Grund Ansprüche an die Gantmasse machen wollen, werden daher aufgefordert, solche in der angelegten Tagfahrt, bei Vermeidung des Ausschusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, die etwaigen Vorzugs- und Unterpfandrechte, die der Anmeldende geltend machen will, zu bezeichnen und zugleich die Beweisurkunden vorzulegen, oder den Beweis mit andern Beweismitteln anzutreten.

In der Tagfahrt soll auch ein Massepfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt und ein Vorzug- und Nachlagvergleich versucht werden. In Bezug auf Vorzugvergleich und Ernennung des Massepflegers wird der Nichterheinende als der Mehrheit der Erschienenen betretend angesehen werden. Den Ausländern wird aufgegeben, bis dahin einen daher wohnenden Gewährhaber für den Empfang aller Einbindungen, welche nach den beiseitigen Gesetzen der Partei selbst oder in deren wirklichem Wohnort geschehen sollen, anher zu bestellen, widrigens alle weiteren Verfügungen oder Erkenntnisse mit der Wirkung der Eröffnung denselben durch die Post zugestellt werden würden. Forzheim, den 21. Juli 1868. Großh. bad. Amtsgericht. Biedl.

3.n.546. Nr. 5423. Aelsheim. (Gantbescheid.) Gegen die Verlassenschaft des Christian Walch von Unterfischbach, welcher die Gant erkannt und Tagfahrt zum Nichtigstellungs- und Vorzugsverfahren auf Freitag den 14. August d. J., Vormittags 8 Uhr, anberaumt.

Alle, welche aus irgend einem Grunde Ansprüche an die Gantmasse machen wollen, werden aufgefordert, solche in dieser Tagfahrt, bei Vermeidung des Ausschusses von der Gantmasse, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, die etwaigen Vorzugs- und Unterpfandrechte, die der Anmeldende geltend machen will, zu bezeichnen und zugleich die Beweisurkunden vorzulegen, oder den Beweis mit andern Beweismitteln anzutreten.

In der Tagfahrt soll auch ein Massepfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt und ein Vorzug- und Nachlagvergleich versucht werden. In Bezug auf Vorzugvergleich und Ernennung des Massepflegers wird der Nichterheinende als der Mehrheit der Erschienenen betretend angesehen werden. Den Ausländern wird aufgegeben, bis dahin einen daher wohnenden Gewährhaber für den Empfang aller Einbindungen, welche nach den beiseitigen Gesetzen der Partei selbst oder in deren wirklichem Wohnort geschehen sollen, anher zu bestellen, widrigens alle weiteren Verfügungen oder Erkenntnisse mit der Wirkung der Eröffnung denselben durch die Post zugestellt werden würden. Forzheim, den 21. Juli 1868. Großh. bad. Amtsgericht. Biedl.

3.n.549. Feudenheim. (Berichtigungsbescheid.) Die in der Beilage zu Nr. 159 dieses Blattes enthaltene Erdobertragung des Georg Schürber von Feudenheim wird dahin berichtigt, daß die Erblasserin Elisabetha Vothorn, sondern Elisabetha Vothorn, Feudenheim, den 23. Juli 1868. Der Notar. H. Henninger.